

An die Medien im Kanton Bern
Bern, 13.03.2023

Berner Regierung will keine transparenten Vormieten und lässt die Mieter*innen im Stich

Ein Vorstoss im Grossen Rat will mit transparenten Vormieten den Anstieg der Mietpreise im Kanton bremsen. Der Regierungsrat hat heute bekannt gegeben, dass er sich gegen diesen Vorstoss ausspricht. Der Mieterinnen- und Mieterverband ist enttäuscht, dass der Regierungsrat die Petition zur Unterstützung des Vorstosses ignoriert und missbräuchliche Miet-Erhöhungen schützt..

In seiner letzten Sitzung hat sich der Regierungsrat des Kantons Bern gegen einen Vorstoss ausgesprochen, der den Anstieg der Mietpreise im Kanton bremsen will. Der Vorstoss fordert, dass die Vermieter*innen bei einem Mieterwechsel bekannt geben müssen, wie hoch die Miete bisher war. «Wir sind sehr enttäuscht, dass der Regierungsrat dieses einfache Instrument nicht einführen will. Er lässt so die Mieter*innen im Kanton Bern im Stich», sagt Edith Siegenthaler, Präsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands des Kantons Bern (MV Kanton Bern).

Der MV Kanton Bern hat im Februar eine Petition lanciert, um den Vorstoss für transparente Vormieten zu unterstützen. «Über 5'500 Personen haben unsere Petition unterschrieben, um dem Regierungsrat zu zeigen, dass die hohen Mieten nicht mehr tragbar sind», sagt Edith Siegenthaler. Der MV Kanton Bern rechnet damit, dass sich die Lage in diesem Jahr für viele Mieter*innen zuspitzen wird, weil sie die Miete kaum mehr bezahlen können.

Der MV Kanton Bern versteht nicht, warum der Regierungsrat Vermieter*innen schützt, die zu hohe Mieten verlangen. «Es gibt klare gesetzliche Regeln und trotzdem werden Mieten immer wieder stärker erhöht als erlaubt», sagt Edith Siegenthaler. Damit diese missbräuchlichen Miet-Erhöhungen aufgedeckt werden können, müsste die Vormiete offengelegt werden.

Weitere Informationen:

Edith Siegenthaler, Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern, 077 405 34 21

Website der Petition: www.faire-mieten-bern.ch